Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 406

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
7 — 80606 — 2679/58 II

Bonn, den 21. Mai 1958

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes über die Zweite Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit und über die Fünfte Zusatzvereinbarung über die Einbeziehung des Landes Berlin in das Allgemeine Abkommen nebst Briefen

nebst Begründung und Abdruck der Texte der

a) Zweiten Vereinbarung vom 18. Juni 1955 zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen in deutscher und französischer Sprache nebst Denkschrift hierzu,

b) Fünften Zusatzvereinbarung vom 18. Juni 1955 zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 über die Einbeziehung des Landes Berlin (Berlin-West) in das Allgemeine Abkommen in deutscher und französischer Sprache nebst Denkschrift hierzu sowie

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestr. 54, Telefon 3551

c) Abdrucke der Briefe vom 18. Juni 1955 über

eine Änderung des deutschen Wortlauts des Allgemeinen Abkommens über die soziale Sicherheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich vom 10. Juli 1950 sowie über eine Änderung der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 nebst Übersetzung,

Änderungen des deutschen Wortlauts der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 nebst Übersetzung

mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 193. Sitzung am 16. Mai 1958 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Er ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Für den Bundeskanzler:

Der Bundesminister für Verkehr

Seebohm

Entwurf eines Gesetzes über die Zweite Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit und über die Fünfte Zusatzvereinbarung über die Einbeziehung des Landes Berlin in das Allgemeine Abkommen nebst Briefen

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden in Paris am 18. Juni 1955 unterzeichneten Vereinbarungen und Briefen wird zugestimmt:

1. Zweite Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen,
2. Fünfte Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 über die Einbeziehung des Landes Berlin (Berlin-West) in das Allgemeine Abkommen,
3. Briefe über eine Änderung des deutschen Wortlautes des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie über eine Änderung der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950,
4. Briefe über Änderungen des deutschen Wortlautes der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950.

Die Vereinbarungen und die Briefe werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz, das Gesetz über das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit nebst vier Zusatzvereinbarungen und drei Protokollen vom 18. Oktober 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 177) und das Gesetz über die Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit und über das Zusatzprotokoll zur Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen vom 10. April 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 123) gelten auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieser Gesetze feststellt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Zweite Ergänzungsvereinbarung, die Fünfte Zusatzvereinbarung und die Briefe jeweils in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 5

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesminister des Auswärtigen werden ermächtigt, den deutschen und französischen Wortlaut des deutsch-französischen Vertragswerkes über die Soziale Sicherheit in der nunmehr gültigen Fassung zu veröffentlichen.

Begründung

Zu Artikel 1

Die Zustimmung des Bundestages ist gemäß Artikel 59 Abs. 2 GG erforderlich, da es sich bei den beiden Vereinbarungen um Verträge handelt, die sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Zu Artikel 2

Sowohl das Gesetz über das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit nebst vier Zusatzvereinbarungen und drei Protokollen vom 18. Oktober 1951 als auch das Gesetz über die Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens und über das Zusatzprotokoll zur Vierten Zusatzvereinbarung vom 10. April 1953 soll ebenso wie die Zweite Ergänzungsvereinbarung und die Fünfte Zusatzvereinbarung auch für das Land Berlin gelten. Das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich auf dem Gebiet der Sozialen Sicherheit im Saarland sind gemäß Artikel 33 Abs. 1 und Anlage 6 des deutsch-französischen Vertrages zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956 (BGBl. II S. 1589) ausschließlich die Bestimmungen dieses Vertrages anwendbar. Aus diesem Grunde enthält das Gesetz die Saar-Klausel, wonach das Gesetz und damit die völkerrechtlichen Vereinbarungen, auf die das Gesetz sich bezieht, im Saarland keine Anwendung finden.

Zu Artikel 4

Zu Absatz 1: Diese Bestimmung entspricht der Vorschrift des Artikels 82 Abs. 2 GG.

Zu Absatz 2: Auch der Tag, an dem die Zweite Ergänzungsvereinbarung gemäß ihren Artikeln 17 und 18, die Fünfte Zusatzvereinbarung gemäß ihrem Artikel 5 und die Briefe jeweils in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Zu Artikel 5

Die Vielzahl der sich aus diesem Gesetz ergebenden Änderungen und Ergänzungen des Allgemeinen Abkommens, der Zusatzvereinbarungen und der Ersten Ergänzungsvereinbarung macht es erforderlich, den Wortlaut des deutsch-französischen Vertragswerkes über die Soziale Sicherheit neu zu veröffentlichen.

Zweite Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen

Avenant n° 2 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la République Fédérale d'Allemagne et la France sur la Sécurité Sociale et aux Accords complémentaires N°s 1, 2 et 4 à cette Convention

DIE UNTERZEICHNETEN VERTRETER DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK

HABEN VEREINBART, das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie die zugehörige Erste, Zweite und Vierte Zusatzvereinbarung wie folgt zu ergänzen und zu ändern:

LES REPRÉSENTANTS SOUSSIGNÉS DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

ONT CONVENU de compléter et modifier comme suit la Convention générale du 10 juillet 1950 entre la République Fédérale d'Allemagne et la France sur la Sécurité Sociale et ses Accords complémentaires N°s 1, 2 et 4:

Abschnitt I

Bestimmungen zur Anwendung des Baseler Schiedsspruches auf gewisse Versicherungszeiten

Artikel 1

Die Bestimmungen des Artikels 1 der Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom 21. Juni 1921 (Baseler Schiedsspruch) gelten auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Abkommens, soweit nicht in den folgenden Artikeln 2 und 3 etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 2

Die vor dem 1. Januar 1923 in der deutschen Rentenversicherung der Arbeiter oder der deutschen Rentenversicherung der Angestellten oder in den französischen Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle zurückgelegten Versicherungszeiten gelten als nach der Gesetzgebung des Landes zurückgelegt, in welchem der Versicherungsträger seinen Sitz hat, dem der Versicherte zuletzt vor diesem Tage angehört hat.

Personen, die vor dem 11. November 1918 aus der Versicherung ausgeschieden oder verstorben sind, gelten als in Deutschland oder in Frankreich versichert, je nachdem, ob sie bei ihrem Ausscheiden oder ihrem Tod in Deutschland oder in den in Absatz 1 genannten Departements ihren Wohnsitz hatten.

Artikel 3

Versicherungszeiten, die von Arbeitern in knappschaftlich versicherten Betrieben vor dem 1. Januar 1922 in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung oder bei den Bergwerkskassen der französischen Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle zurückgelegt worden sind, gelten als nach der Gesetzgebung des Landes zurückgelegt, in welchem der Versicherungsträger seinen Sitz hat, dem der Versicherte zuletzt vor diesem Tage angehört hat.

Titre Ier

Dispositions portant application de la sentence arbitrale de Bâle à certaines périodes d'assurance

Article 1er

Les dispositions de l'article 1er de la décision du conseil de la Société des Nations du 21 juin 1921 (Sentence arbitrale de Bâle) s'appliquent également à la période postérieure à la date de mise en vigueur de la Convention, pour autant que les articles 2 et 3 du présent Avenant n'en disposent pas autrement.

Article 2

1) Les périodes d'assurance accomplies antérieurement au 1er janvier 1923, soit dans les départements français du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, soit sous le régime d'assurance-pension des ouvriers ou d'assurance-pension des employés, sont considérées comme accomplies sous la législation du pays où se trouve le siège de l'organisme auquel l'assuré a été affilié en dernier lieu antérieurement à cette date.

2) Les personnes ayant cessé d'être affiliées au régime d'assurance, ou étant décédées, avant le 11 novembre 1918, sont considérées comme assurées en France ou en Allemagne, selon qu'elles étaient domiciliées, au moment de la cessation de leur affiliation ou de leur décès, soit dans l'un des départements visés à l'alinéa 1er, soit en Allemagne.

Article 3

1) Les périodes d'assurance accomplies par les ouvriers antérieurement au 1er janvier 1922 au service des entreprises minières affiliées soit aux caisses minières des départements français du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, soit aux caisses allemandes d'assurance-pension des mineurs, sont considérées comme accomplies sous la législation du pays où se trouve le siège de l'organisme d'assurance auquel l'assuré a été affilié en dernier lieu antérieurement à cette date.

Versicherungszeiten, die von Angestellten in knappschaftlich versicherten Betrieben vor dem 1. Januar 1919 in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung oder bei den Bergwerkskassen der französischen Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle zurückgelegt worden sind, gelten als nach der Gesetzgebung des Landes zurückgelegt, in welchem der Antragsteller am 1. Januar 1919 seinen Wohnsitz hatte.

Artikel 4

Bei der Anwendung der Artikel 2 und 3 werden auch die Zeiten der Erfüllung der Wehrpflicht sowie die Mobilmachungs- und Kriegsdienstzeiten in den kriegführenden Armeen als Versicherungszeiten berücksichtigt.

Artikel 5

Versicherungszeiten, die in den französischen Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 zurückgelegt worden sind, werden vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2 von den französischen Versicherungsträgern übernommen.

Die in Absatz 1 genannten Versicherungszeiten werden von den deutschen Versicherungsträgern übernommen, wenn der Versicherte vor diesen Zeiten

a) zuletzt einer deutschen Rentenversicherung angehört hat oder

b) weder einem deutschen noch einem französischen Versicherungsträger angehört hat und nach den in Absatz 1 genannten Zeiten zuerst nach deutschem Recht versichert gewesen ist.

Artikel 6

Versicherungszeiten, die zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 in den deutschen Rentenversicherungen von Versicherten zurückgelegt worden sind, die am 1. September 1939 in den französischen Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle ihren Wohnsitz hatten und nicht zu den in Artikel 1 Nr. 1 der Vierten Zusatzvereinbarung genannten Personen gehören, werden von den französischen Versicherungsträgern übernommen, wenn der Versicherte vor diesen Versicherungszeiten

a) zuletzt in einem der oben genannten Departements versichert gewesen ist oder

b) weder einem deutschen noch einem französischen Versicherungsträger angehört hat und nach den oben genannten Versicherungszeiten zuerst nach französischem Recht versichert gewesen ist.

Artikel 7

Abweichend von den Bestimmungen der Artikel 5 und 6 übernehmen die französischen Versicherungsträger nicht diejenigen Renten aus der deutschen Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 solchen Versicherten bewilligt worden sind, die beim Eintritt des Versicherungsfalls die nach der deutschen Gesetzgebung vorgeschriebene normale Wartezeit nicht erfüllt hatten.

Artikel 8

Bei der Anwendung der Artikel 5 und 6 werden auch die Mobilmachungs- und Kriegsdienstzeiten in den kriegführenden Armeen vor dem 8. Mai 1945 als Versicherungszeiten berücksichtigt.

2) Les périodes d'assurance accomplies par les employés antérieurement au 1er janvier 1919 au service des entreprises minières affiliées, soit aux caisses minières des départements français du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, soit aux caisses allemandes d'assurances-pension des mineurs, sont considérées comme accomplies sous la législation du pays où le requérant était domicilié à la date du 1er janvier 1919.

Article 4

Pour l'application des articles 2 et 3, sont considérées comme périodes d'assurance, les périodes de service militaire légal, les périodes de mobilisation et, en cas d'engagement volontaire, les périodes accomplies dans les armées belligérantes pendant la durée de la guerre.

Article 5

1) Les périodes d'assurance accomplies dans les départements du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, au cours de la période du 1er juillet 1940 au 8 mai 1945, sont prises en compte par les organismes d'assurance français, sous réserve des dispositions de l'alinéa 2.

2) Les périodes d'assurance indiquées à l'alinéa 1er sont prises en compte par les organismes d'assurance allemands:

a) si, antérieurement à ces périodes, l'assuré a été affilié en dernier lieu au régime d'assurance-pension allemand;

b) ou bien si, n'ayant été affilié, antérieurement à ces périodes, ni à un organisme d'assurance allemand, ni à un organisme d'assurance français, il a relevé en premier lieu de la législation allemande après celle visée à l'alinéa 1er.

Article 6

Les périodes d'assurance accomplies entre le 1er juillet 1940 et le 8 mai 1945, sous le régime d'assurance-pension allemand, par les assurés qui étaient domiciliés le 1er septembre 1939 dans les départements français du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, et qui n'appartiennent pas à la catégorie des personnes visées par l'article 1er, no 1, de l'Accord complémentaire no 4, sont prises en compte par les organismes d'assurance français si l'assuré:

a) a été affilié en dernier lieu dans l'un des départements sus-nommés;

b) ou si, sans avoir été affilié à un organisme allemand ou français, il a relevé en premier lieu, après les périodes d'assurance susvisées, de la législation française.

Article 7

Par dérogation aux dispositions des articles 5 et 6, les organismes français ne prennent pas en charge les pensions d'assurance allemandes (vieillesse, invalidité et survivants) attribuées entre le 1er juillet 1940 et le 8 mai 1945 à des assurés qui, au moment de l'ouverture du droit à prestations, ne justifiaient pas de l'accomplissement du stage normal prévu par la législation allemande.

Article 8

Pour l'application des articles 5 et 6, il est tenu compte des périodes de mobilisation et, en cas d'engagement volontaire, des périodes accomplies dans les années belligérantes avant le 8 mai 1945.

Bei französischen Staatsangehörigen lassen die französischen Versicherungsträger jedoch diejenigen Zeiten freiwilligen Kriegsdienstes unberücksichtigt, die nicht in den alliierten Armeen zurückgelegt worden sind.

Artikel 9

Renten, die solchen Versicherten zustehen, auf die sich die vorhergehenden Artikel beziehen, werden auf Antrag nach diesen Artikeln sowie nach den Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens und der Protokolle, Zusatz- und Ergänzungsvereinbarungen zu diesem Abkommen überprüft und neu festgestellt.

Wird der Antrag bei dem zuständigen Versicherungsträger innerhalb eines Jahres nach dem ersten Tag des Monats gestellt, der dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgt, so wird die Rente mit Wirkung vom 1. Januar 1952 neu festgestellt, wenn der Rentenanspruch bereits vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung bestanden hat, oder mit Wirkung von der Entstehung des Anspruchs ab, wenn dieser nach dem 1. Januar 1952 entstanden ist; Verjährungs- oder Ausschlußfristen können dem Berechtigten nicht entgegengehalten werden.

Wird der Antrag nach Ablauf eines Jahres nach dem ersten Tag des Monats gestellt, der dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgt, so wird die Rente mit Wirkung von dem Zeitpunkt ab neu festgestellt, der sich nach der innerstaatlichen Gesetzgebung aus dem Zeitpunkt der Antragstellung ergibt.

Der Antrag kann statt von dem Berechtigten auch von den Versicherungsträgern gestellt werden. In diesem Falle gilt als Zeitpunkt der Antragstellung der Tag, an dem der Antrag demjenigen Versicherungsträger zugegangen ist, der die Rente zu gewähren hat.

Toutefois, en ce qui concerne les ressortissants, les organismes français ne prennent pas en compte les périodes d'engagement volontaire dans les armées lorsqu'elles n'ont pas été accomplies dans les armées alliées.

Article 9

Les pensions attribuées ou susceptibles d'être attribuées à des assurés visées aux articles précédents sont révisées et déterminées, sur demande, selon les règles établies par lesdits articles, ainsi que par la Convention générale, les protocoles, les accords complémentaires et les avenants qui l'ont complétée ou modifiée.

Pour les personnes dont le droit à pension est ouvert avant la mise en vigueur du présent titre, l'entrée en jouissance des pensions révisées est fixée au 1er janvier 1952, ou à la date à laquelle le droit s'est ouvert si celui-ci s'est ouvert postérieurement au 1er janvier 1952, lorsque la demande de révision sera présentée aux organismes compétents dans le délai d'un an à partir du premier du mois qui suivra l'échange des ratifications, sans qu'aucune prescription ou forclusion ne puisse être opposée aux intéressés.

Pour les demandes de révision qui seraient présentées après l'expiration d'un délai d'un an à partir du premier du mois qui suivra l'échange des ratifications, la date d'entrée en jouissance des pensions révisées sera fixée selon les législations nationales d'après la date de la demande de révision.

Les demandes de révisions peuvent être présentées par les organismes aux lieu et place des intéressés. Dans ce cas, la date de la demande est la date à laquelle elle a été présentée à l'organisme débiteur de la pension.

Abschnitt II

Änderungen und Ergänzungen des Allgemeinen Abkommens sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung

KAPITEL 1

Änderungen und Ergänzungen des Allgemeinen Abkommens

Artikel 10

Der Artikel 1 und der Artikel 2 § 1 Nr. 1 des Allgemeinen Abkommens erhalten folgende Fassung:

„Artikel 1

§ 1

Die deutschen und die französischen gegen Entgelt beschäftigten Arbeitnehmer sowie die ihnen nach den in Artikel 2 dieses Abkommens bezeichneten Gesetzgebungen Gleichgestellten unterliegen jeweils den in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetzgebungen über Soziale Sicherheit. Sie genießen die Vorteile nach diesen Gesetzgebungen wie die Staatsangehörigen des betreffenden Landes, soweit nicht im § 2 dieses Artikels etwas anderes bestimmt ist.

§ 2

Die deutschen Staatsangehörigen, die mit ihren Kindern in Frankreich wohnen, erhalten die Familienleistungen nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe d bezeichneten Gesetzgebung unter den gleichen Voraussetzungen wie französische Staatsangehörige.

Titre II

Dispositions modifiant et complétant la Convention Générale et les Accords complémentaires nos 1, 2 et 4

CHAPITRE 1er

Dispositions modifiant et complétant la Convention Générale

Article 10

Les articles 1er et 2, paragraphe 1er, 2° [1]) de la Convention Générale sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

« Article 1er —

Paragraphe 1er —

Les travailleurs français ou allemands salariés ou assimilés aux salariés par les législations énumérées à l'article 2 de la présente Convention sont soumis respectivement aux législations de sécurité sociale applicables dans la République Fédérale d'Allemagne ou en France et en bénéficient dans les mêmes conditions que les ressortissants de chacun de ces pays. Ils bénéficient des avantages prévus dans ces législations dans les mêmes conditions que les ressortissants du pays intéressé, pour autant que le paragraphe 2 du présent article n'en dispose pas autrement.

Paragraphe 2 —

Les ressortissants allemands résidant avec leurs enfants en France, ont droit aux prestations familiales conformément à la législation visée à l'article 2, paragraphe 1er, 2° [2]) d) dans les mêmes conditions que les ressortissants français.

1) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 1°

2) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 2°

Die französischen Staatsangehörigen, die mit ihren Kindern in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, erhalten Kindergeld nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe d bezeichneten Gesetzgebung unter den gleichen Voraussetzungen wie deutsche Staatsangehörige.

§ 3

Die in Frankreich wohnhaften deutschen Staatsangehörigen und die in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften französischen Staatsangehörigen sind zur freiwilligen Selbstversicherung nach den in Artikel 2 bezeichneten Gesetzgebungen unter den gleichen Voraussetzungen zugelassen wie die Staatsangehörigen des Landes, in dem sie wohnen.

Die deutschen und die französischen Staatsangehörigen, die im Gebiet eines der beiden vertragschließenden Länder wohnen und aus einer Versicherung des anderen Landes ausscheiden oder ausgeschieden sind, können sich in dem Land, in dem sie wohnen, freiwillig weiterversichern, und zwar unter den gleichen Voraussetzungen und innerhalb der gleichen Fristen wie Versicherte, die aus der in diesem Land geltenden Versicherung ausgeschieden sind; dabei werden gegebenenfalls die in beiden Ländern zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt. Ist nach den vorstehenden Bestimmungen die Weiterversicherung in der deutschen Rentenversicherung der Arbeiter oder der Rentenversicherung der Angestellten zulässig, so kann sie nur in demjenigen der beiden Versicherungszweige durchgeführt werden, welcher nach der Art der zuletzt in Frankreich während der Zugehörigkeit zur französischen Versicherung ausgeübten Beschäftigung zuständig gewesen wäre, wenn die Versicherungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden wären.

Artikel 17 a Absätze 2 und 3 gilt entsprechend.

Artikel 2

§ 1

Dieses Abkommen bezieht sich auf die folgenden Gesetzgebungen:

1. In der Bundesrepublik Deutschland:

   Die Gesetzgebungen über:

   a) die Krankenversicherung (Versicherungen für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes — Sterbegeld);

   b) die Unfallversicherung (Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten);

   c) die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten und die knappschaftliche Rentenversicherung (Versicherungen für den Fall der Invalidität oder der Berufsunfähigkeit, des Alters und des Todes — Renten);

   d) das Kindergeld."

Artikel 11

Nach Artikel 17 des Allgemeinen Abkommens werden folgende Bestimmungen eingefügt:

„Artikel 17 a

Beitrags- und Ersatzzeiten, die in den französischen Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherungen zurückgelegt worden sind, werden in dem Zweig der deutschen Rentenversicherung berücksichtigt, der nach der Art der zuletzt in Frankreich während der Zugehörigkeit zu den genannten französischen Ver-

Les ressortissants français résidant avec leurs enfants dans la République Fédérale d'Allemagne ont droit aux allocations pour enfants (Kindergeld) conformément à la législation visée à l'article 2, paragraphe 1er, 2° [3]) d) dans les mêmes conditions que les ressortissants allemands.

Paragraphe 3 —

1) Les ressortissants allemands résidant en France et les ressortissants français résidant dans la République Fédérale d'Allemagne sont admis à l'assurance volontaire prévue par les législations visées à l'article 2 dans les conditions prévues pour les ressortissants des pays où ils résident.

2) Les ressortissants français ou allemands qui résident sur le territoire de l'un des deux pays contractants et qui cessent ou ont cessé d'appartenir à un régime d'assurance de l'autre pays pourront s'affilier à l'assurance facultative continuée du pays dans lequel ils résident et ce, dans les mêmes conditions et délais que les assurés qui ont cessé d'appartenir à l'assurance de ce dernier pays. Le cas échéant, il est tenu compte des périodes d'assurance accomplies dans les deux pays. Lorsque les conditions précitées d'admission à l'assurance continuée dans l'assurance-pension allemande des ouvriers ou dans l'assurance-pension des employés sont remplies, cette admission ne peut intervenir qu'au titre du régime d'assurance auquel l'intéressé aurait été affilié en raison de l'activité exercée en dernier lieu en France durant l'assujettissement à l'assurance française si lesdites périodes d'assujettissement avaient été accomplies sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne.

Les dispositions des alinéas 2 et 3 de l'article 17 a) sont applicables suivant le cas.

Article 2 —

Paragraphe 1er —

2) [3]) Dans la République Fédérale d'Allemagne:

Les législations sur:

a) l'assurance maladie (assurance maladie, maternité, décès — indemnité funéraire);

b) l'assurance accident (assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles);

c) l'assurance-pension des ouvriers, l'assurance-pension des employés et l'assurance-pension des mineurs (assurance invalidité ou incapacité professionnelle, vieillesse et décès, pension);

d) l'allocation pour enfants (Kindergeld).»

Article 11

La Convention générale est complétée par les dispositions suivantes insérées après l'article 17:

« Article 17 a) —

Les périodes d'assurance et les périodes assimilées accomplies dans le régime français d'assurance vieillesse, invalidité et décès (pensions) sont prises en considération par le régime d'assurance allemand auquel aurait été affilié le travailleur en raison de son dernier emploi en France durant l'affiliation au régime

[3]) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 1°

sicherungen ausgeübten Beschäftigung zuständig gewesen wäre, wenn diese Versicherungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden wären. Wenn die zuletzt in Frankreich ausgeübte Beschäftigung nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland nicht versicherungspflichtig gewesen sein würde, werden die Versicherungszeiten in der Rentenversicherung der Angestellten berücksichtigt. Bei vorübergehender Dienstleistung, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland versicherungsfrei geblieben wäre, werden jedoch die französischen Versicherungszeiten in der Rentenversicherung der Arbeiter berücksichtigt, wenn diese bei nicht vorübergehender Dienstleistung nach der Art der Beschäftigung zuständig gewesen wäre.

Läßt sich die Art der zuletzt in Frankreich ausgeübten Beschäftigung nicht mehr feststellen, so werden die Versicherungszeiten in der Rentenversicherung der Arbeiter berücksichtigt.

Artikel 17 b

Leistungen, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens festzustellen oder zu gewähren sind, werden in der Bundesrepublik Deutschland von den zuständigen Verbindungsstellen festgestellt und gewährt, sofern nicht die Bundesbahnversicherungsanstalt oder die Seekasse zuständig ist.

Kapitel 4 a

Zusammentreffen von Leistungen

Artikel 17 c

§ 1

Die nach der Gesetzgebung des einen Landes gewährten Unfallrenten gelten bei Anwendung der Gesetzgebung des anderen Landes über die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherungen als Unfallrenten nach der Gesetzgebung dieses Landes.

§ 2

Treffen Renten der Invaliditäts-, Alters- oder Hinterbliebenenversicherungen des einen und des anderen Landes zusammen, so werden Kürzungs- oder Ruhensbestimmungen nur in folgenden Fällen angewandt:

1. Enthält die Gesetzgebung des einen Landes Bestimmungen über die Berücksichtigung des Einkommens, so gelten die Renten des anderen Landes als Einkommen.
2. Beruhen die Renten des einen Landes nicht auf Beiträgen, so gelten die Renten des anderen Landes bei Anwendung der Kürzungs- und Ruhensbestimmungen nach der Gesetzgebung des ersten Landes als Renten dieses Landes.
3. Für die nach der französischen Gesetzgebung zu gewährenden Zulagen an den Ehegatten, dem Unterhalt gewährt wird, gelten die Renten nach der deutschen Gesetzgebung als Renten nach der französischen Gesetzgebung."

KAPITEL 2

Änderungen und Ergänzungen der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung

Artikel 12

Artikel 5 der Ersten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung

français si lesdites périodes d'assurance avaient été accomplies dans la République Fédérale d'Allemagne. Lorsque la dernière activité exercée en France n'aurait pas entraîné l'assujettissement à l'assurance d'après la législation de la République Fédérale d'Allemagne, les périodes d'assurance correspondantes sont prises en considération suivant le régime allemand d'assurance des employés. Toutefois, lorsque l'intéressé a exercé une activité occasionnelle qui n'aurait pas été assujettie à l'assurance d'après la législation de la République Fédérale d'Allemagne, les périodes françaises sont prises en considération par le régime d'assurance des ouvriers, lorsque ce régime est compétent pour cette activité quand elle est exercée d'une manière permanente.

S'il n'est pas possible de caractériser le dernier emploi occupé en France, les périodes d'assurance sont prises en considération dans le régime allemand d'assurance des ouvriers.

Article 17 b) —

Les prestations qui sont attribuées ou liquidées compte tenu des dispositions de la présente Convention, sont attribuées et liquidées dans la République Fédérale d'Allemagne par les organismes de liaison compétents à condition qu'elles ne relèvent pas de la compétence de l'organisme d'assurance des chemins de fer fédéraux ou de la Caisse Maritime.

Chapitre 4 bis —

Dispositions relatives au cumul de prestations

Article 17 c)

Paragraphe 1er

Les rentes d'accidents du travail allouées en vertu de la législation d'un pays sont considérées au regard de la législation de vieillesse, invalidité et survivants de l'autre pays comme des rentes d'accidents du travail allouées en vertu de la législation de ce dernier pays.

Paragraphe 2

Les pensions de vieillesse, invalidité et décès (pensions) allouées au titre des législations française et allemande se cumulent sous réserve des exceptions ci-après:

1) lorsque la législation de l'un des pays comporte une clause relative à la prise en considération des ressources, la pension de l'autre pays est assimilée à un revenu;
2) lorsque la pension de l'un des pays est non contributive, la pension de l'autre pays est considérée comme s'il s'agissait d'une pension du premier pays pour l'application des règles de cumul de la législation du premier pays;
3) pour l'attribution de la majoration pour conjoint à charge prévue par la législation française, la pension allemande est considérée comme s'il s'agissait d'une pension française.»

CHAPITRE 2

Dispositions modifiant et complétant les Accords complémentaires Nos 1, 2 et 4

Article 12

L'article 5 de l'Accord complémentaire no 1 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

„Artikel 5

Die Leistungen für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes (Renten) werden nach den Bestimmungen der Kapitel 3, 4 und 4a im Abschnitt II des Allgemeinen Abkommens festgestellt und gewährt, wobei gegebenenfalls die Bestimmungen in Artikel 3 § 1 dieser Vereinbarung zu berücksichtigen sind.

Artikel 17a des Allgemeinen Abkommens gilt nicht für knappschaftliche Beitrags- und Ersatzzeiten, die nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung berücksichtigt werden."

Artikel 13

§ 1

Der Artikel 4 der Zweiten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Artikel 4

Die von dem deutschen Versicherungsträger für den in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger und seine Familienangehörigen übernommenen Aufwendungen werden von dem französischen Träger der Sozialen Sicherheit, dem der Grenzgänger angehört, in nachgewiesener Höhe oder durch Pauschbeträge erstattet, wobei die Sachleistungen in Rechnung zu stellen sind, die die in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger und ihre Familienangehörigen unmittelbar von den französischen Trägern der Sozialen Sicherheit erhalten."

§ 2

Der Artikel 5 der Zweiten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Artikel 5

Die von den französischen Trägern der Sozialen Sicherheit für den in Frankreich wohnhaften Grenzgänger und seine Familienangehörigen übernommenen Aufwendungen werden von dem deutschen Versicherungsträger, dem der Grenzgänger angehört, in nachgewiesener Höhe oder durch Pauschbeträge erstattet, wobei die Sachleistungen in Rechnung zu stellen sind, die die in Frankreich wohnhaften Grenzgänger und ihre Familienangehörigen unmittelbar von den deutschen Versicherungsträgern erhalten."

§ 3

Der Artikel 6 der Zweiten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Artikel 6

Für die Durchführung der in den Artikeln 4 und 5 vorgesehenen Bestimmungen werden die in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich zuständigen Verwaltungsbehörden eine Kommission einsetzen, die in der Regel halbjährlich zusammentritt, um nach den Ergebnissen der vorausgegangenen Vierteljahre die von den beteiligten Körperschaften geschuldeten Beträge in nachgewiesener Höhe oder durch Pauschbeträge festzusetzen. Kommt eine Einigung nicht zustande, unterbreitet die Kommission die Angelegenheit den zuständigen deutschen und französischen Verwaltungsbehörden."

§ 4

Der Artikel 13 der Zweiten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

« Les prestations vieillesse, invalidité et décès (pensions) sont déterminées dans les conditions des chapitres 3, 4, et 4 bis du Titre II de la Convention générale, compte tenu, le cas échéant, des dispositions de l'article 3, paragraphe 1er du présent accord.

L'article 17 a) de la Convention générale n'est pas applicable aux périodes d'assurance minière et aux périodes assimilées, qui sont prises en considération dans les conditions du présent accord. »

Article 13

Paragraphe 1er

L'article 4 de l'Accord complémentaire n° 2 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« Les dépenses engagées par l'organisme de sécurité social allemand pour le frontalier résidant dans la République Fédérale d'Allemagne et ses ayants-droit, font l'objet, de la part de l'organisme français de sécurité social auquel est affilié ce travailleur, d'un remboursement égal aux dépenses réelles justifiées ou d'un remboursement forfaitaire, compte tenu des prestations en nature que les frontaliers résidant dans la République Fédérale d'Allemagne et leurs ayants-droit perçoivent directement des organismes français de sécurité sociale. »

Paragraphe 2

L'article 5 de l'Accord complémentaire n° 2 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« Les dépenses engagées par l'organisme de sécurité sociale pour le frontalier résidant en France et ses ayants-droit font l'objet d'un remboursement égal aux dépenses réelles justifiées ou d'un remboursement forfaitaire de la part de l'organisme assureur allemand, compte tenu des prestations en nature que les frontaliers résidant en France et leurs ayants-droit perçoivent directement des organismes assureurs allemands. »

Paragraphe 3

L'article 6 de l'Accord complémentaire n° 2 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« Pour l'application des dispositions prévues aux articles 4 et 5 ci-dessus, les autorités administratives compétentes en France et dans la République Fédérale d'Allemagne constitueront une commission qui se réunira en principe semestriellement pour établir, d'après les résultats des deux trimestres précédents, le montant du remboursement réel ou forfaitaire dû par les organismes intéressés. Dans le cas où elle n'aboutirait pas à un accord, la commission soumet la question aux autorités administratives françaises et allemandes compétentes. »

Paragraphe 4

L'article 13 de l'Accord complémentaire n° 2 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

„Artikel 13

Die in Frankreich beschäftigten und in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger erhalten Familienbeihilfen auf Grund der in Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe d bezeichneten Gesetzgebung nach einem zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden zu vereinbarenden Tarif.

Die in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten und in Frankreich wohnhaften Grenzgänger erhalten Kindergeld nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe d bezeichneten Gesetzgebung."

«Les travailleurs frontaliers travaillant en France et résidant dans la République Fédérale d'Allemagne, percevront les allocations familiales en application de la législation visée à l'article 2, paragraphe 1er, 1°[4]) d), suivant un barème arrêté d'un commun accord par les autorités administratives compétentes.

Les travailleurs frontaliers travaillant dans la République Fédérale d'Allemagne et résidant en France percevront les allocations pour enfants (Kindergeld) en application de la législation visée à l'article 2, paragraphe 1er, 2°[5]) d).»

Artikel 14

Artikel 3 § 1 Absatz 1 der Vierten Zusatzvereinbarung wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Ist eine dieser Personen vor dem 1. Januar 1951 in Frankreich gestorben, so gilt der Todestag als Tag der Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland."

Article 14

L'article 3, paragraphe 1er, alinéa 1er, de l'Accord complémentaire n° 4 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Par dérogation aux dispositions de la Convention Générale et des Accords complémentaires Nos 1 et 3, les ex-prisonniers de guerre allemands devenus travailleurs libres ainsi que les travailleurs civils allemands entrés en France après le 8 mai 1945, qui auront été occupés en France entre le 8 mai 1945 et le 30 juin 1950 et qui auront quitté la France avant le 1er janvier 1951, reçoivent à partir de la date de leur retour dans la République Fédérale d'Allemagne, de la part des institutions de sécurité sociale allemandes, les prestations auxquelles ils auraient pu prétendre si la législation de sécurité sociale en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne leur avait été applicable pendant la période de leur travail en France.

Si l'une de ces personnes est décédée en France antérieurement au 1er janvier 1951, la date du décès est considérée comme date de retour dans la République Fédérale d'Allemagne.»

Abschnitt III

Sonstige Bestimmungen

Artikel 15

Das Sonderprotokoll vom 3. April 1952 über die Durchführung der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 wird aufgehoben.

Artikel 16

Die Vereinbarung vom 3. April 1952 zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 erhält die Bezeichnung „Erste Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950".

Artikel 17

Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 1952 in Kraft, soweit nicht in Absatz 2 etwas anderes bestimmt ist.

Es treten jedoch in Kraft

a) Artikel 13 §§ 1, 2 und 3 sowie Artikel 15 am 1. Januar 1955,

b) Artikel 10, Artikel 13 § 4 und Artikel 16 am 1. Oktober 1955.

Titre III

Dispositions diverses

Article 15

Le Protocole spécial concernant l'application de l'Accord complémentaire n° 2 du 3 avril 1952 relatif à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale est abrogé.

Article 16

L'avenant à la Convention Générale entre la France et la République Fédérale d'Allemagne du 10 juillet 1950 sur la Sécurité Sociale, signé le 3 avril 1952 est intitulé: Avenant n° 1.

Article 17

Le présent avenant entre en vigueur le 1er janvier 1952 sous réserve des dispositions de l'alinéa 2 ci-dessous.

Entrent en vigueur:

— le 1er janvier 1955 les dispositions de l'article 13, paragraphes 1, 2 et 3 et de l'article 15;

— le 1er octobre 1955 les dispositions des articles 10 et 13, paragraphe 4, et de l'article 16.

[4]) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 2°

[5]) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 1°

Artikel 18

Diese Vereinbarung soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

GESCHEHEN zu Paris am 18. Juni 1955 in doppelter Ausfertigung in deutscher und französischer Sprache, wobei der Wortlaut in beiden Sprachen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Maltzan
Dr. Jantz

Für die Regierung
der Französischen Republik
gezeichnet:
J. Serres
Jacques Doublet

Article 18

Le présent avenant sera ratifié et l'échange des instruments de ratification aura lieu à Bonn aussitôt que possible.

FAIT à Paris, le 18 juin 1955, en double exemplaire, en français et en allemand, chacun des textes faisant foi.

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Maltzan
Dr. Jantz

Pour le Gouvernement
de la République Française
signé:
J. Serres
Jacques Doublet

Denkschrift

zur Zweiten Vereinbarung vom 18. Juni 1955 zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen

Die Vereinbarung, die das Ergebnis längerer zwischenstaatlicher Verhandlungen darstellt, faßt eine Reihe von Änderungen und Ergänzungen des deutsch-französischen Vertragswerkes über die Soziale Sicherheit zusammen, die sich seit seinem Inkrafttreten am 1. Januar 1952 als notwendig erwiesen haben. Die Änderungen und Ergänzungen sind zum Teil durch die Fortentwicklung des Rechts der Sozialen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland begründet, zum Teil sollen sie den Bedürfnissen der Praxis bei der Anwendung des deutsch-französischen Vertragswerkes über die Soziale Sicherheit Rechnung tragen.

Zum Abschnitt I

Artikel 1 sieht vor, daß die Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom 21. Juni 1921 (Baseler Schiedsspruch) grundsätzlich auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit gilt.

Die **Artikel 2 und 3** enthalten eine Abgrenzung der Leistungsverpflichtungen für die Träger der Rentenversicherungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich.

Artikel 4 stellt Wehrdienst-, Mobilmachungs- und Kriegsdienstzeiten den Versicherungszeiten gleich.

Die **Artikel 5 bis 7** enthalten eine Sonderregelung für Versicherungszeiten, die zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 zurückgelegt sind.

Artikel 8 stellt Mobilmachungs- sowie gewisse Kriegsdienstzeiten des zweiten Weltkrieges den Versicherungszeiten gleich.

Artikel 9 regelt die Überprüfung und Neufeststellung von Renten auf Grund dieser Vereinbarung.

Zum Abschnitt II

Artikel 10 trägt den Änderungen des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit Rechnung, die durch die Gesetzgebung über das Kindergeld in der Bundesrepublik Deutschland erforderlich geworden sind.

Die Neufassung des Artikels 1 § 3 des Allgemeinen Abkommens dient der Bestimmung des zuständigen Zweiges der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 11: Die neu eingefügten Artikel 17a und 17b des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit behandeln die Anrechnung französischer Versicherungszeiten in den Zweigen der deutschen Rentenversicherung sowie die Zuständigkeit für die Feststellung und Gewährung von Leistungen aus der deutschen Rentenversicherung. Der neue Artikel 17c des Allgemeinen Abkommens regelt das Verfahren beim Zusammentreffen von Renten des einen Landes mit solchen des anderen Landes.

Artikel 12 paßt den Artikel 5 der Ersten Zusatzvereinbarung den Änderungen des Allgemeinen Abkommens an und trifft gleichzeitig für knappschaftliche Versicherungszeiten eine Sonderregelung.

Artikel 13: Die Neufassung der Artikel 4 und 5 der Zweiten Zusatzvereinbarung sieht bei der Gewährung von Leistungen der Krankenversicherung an Grenzgänger neben der bisher zugelassenen Erstattung des Aufwandes durch Zahlung von Pauschbeträgen auch eine Erstattung der tatsächlichen Aufwendungen vor. Die Neufassung des Artikels 13 der Zweiten Zusatzvereinbarung ist durch die Gesetzgebung über das Kindergeld in der Bundesrepublik Deutschland bedingt.

Artikel 14 ergänzt den Artikel 3 § 1 der Vierten Zusatzvereinbarung, um die Zahlung von Sterbegeld und Renten an die Hinterbliebenen deutscher Zivilarbeiter zu ermöglichen, die zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 30. Juni 1950 in Frankreich beschäftigt waren und dort verstorben sind.

Zum Abschnitt III

Artikel 15 hebt das Sonderprotokoll vom 3. April 1952 über die Durchführung der Zweiten Zusatzvereinbarung auf, da es durch die Neufassung der Artikel 4 und 5 dieser Vereinbarung gegenstandslos ist.

Artikel 16 dient der Klarstellung.

Artikel 17 bestimmt, daß die Vereinbarung, abgesehen von einigen Vorschriften, rückwirkend mit dem Tag in Kraft tritt, an dem das Allgemeine Abkommen nebst den vier Zusatzvereinbarungen und drei Protokollen in Kraft getreten ist.

Nach **Artikel 18** unterliegt die Vereinbarung der Ratifikation.

Fünfte Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 über die Einbeziehung des Landes Berlin (Berlin-West) in das Allgemeine Abkommen

Accord complémentaire n° 5 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale Application à Berlin-Ouest

DIE UNTERZEICHNETEN VERTRETER DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,

VON DEM WUNSCHE GELEITET, das Land Berlin in das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 einzubeziehen,

HABEN FOLGENDE BESTIMMUNGEN VEREINBART:

Artikel 1

Das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie die dazugehörigen Protokolle, Zusatz-, Ergänzungs- und Verwaltungsvereinbarungen gelten auch im Land Berlin, Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland gelten auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Artikel 2

Bei der Anwendung der im Artikel 1 genannten Verträge im Land Berlin treten zu den in Nummer 1 des Allgemeinen Protokolls bezeichneten Versicherungsträgern mit dem Sitz in der Bundesrepublik Deutschland folgende Versicherungsträger hinzu:

a) In der Unfallversicherung
die für die Unfallversicherung im Land Berlin zuständigen Versicherungsträger;

b) in den Rentenversicherungen

für die Zeit bis zum 30. Juni 1945
die Träger
der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung),
der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung)
und der knappschaftlichen Rentenversicherung;

für die Zeit vom 1. Juli 1945 bis zum 31. Januar 1949
die Versicherungsanstalt Berlin;

für die Zeit vom 1. Februar 1949 bis zum 31. März 1952
die Versicherungsanstalt Berlin (West);

für die Zeit nach dem 31. März 1952
aa) in der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung)
die Landesversicherungsanstalt Berlin;

LES REPRÉSENTANTS SOUSSIGNÉS DES GOUVERNEMENTS DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE ET DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

DÉSIREUX d'appliquer à Berlin-Ouest la Convention générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Article 1er

La Convention générale de Sécurité Sociale conclue le 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne, ainsi que les Protocoles, Avenants, Accords complémentaires et Arrangements administratifs y afférents sont également applicables à Berlin-Ouest. Toute disposition desdits Accords concernant la République Fédérale d'Allemagne s'applique également à Berlin-Ouest.

Article 2

Pour l'application à Berlin-Ouest des accords précités, il y a lieu d'ajouter aux institutions de sécurité sociale ayant leur siège dans la République Fédérale, mentionnées au paragraphe 1 du Protocole général, les institutions désignées ci-après:

a) — en ce qui concerne les accidents du travail:
les institutions compétentes pour Berlin-Ouest en matière d'assurance-accidents;

b) — en ce qui concerne les pensions de vieillesse, d'invalidité et de décès (pensions):
Pour la période se terminant le 30 juin 1945,
les organismes
d'assurance-pension des ouvriers (Invalidenversicherung),
d'assurance-pension des employés (Angestelltenversicherung)
et d'assurance-pension des mineurs;
pour la période s'étendant du 1er juillet 1954 au 31 janvier 1949,
l'Institut d'assurances sociales de Berlin (Versicherungsanstalt Berlin);
pour la période s'étendant du 1er février 1949 au 31 mars 1952,
l'Institut d'assurances sociales de Berlin-Ouest (Versicherungsanstalt Berlin-West);
pour la période postérieure au 31 mars 1952:
— En ce qui concerne l'assurance-pension des ouvriers
l'Institut d'assurances sociales de Berlin (Landesversicherungsanstalt Berlin);

bb) in der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung)

für die Zeit vom 1. April 1952 bis zum 31. Januar 1954
die Landesversicherungsanstalt Berlin,

nach dem 31. Januar 1954
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte;

cc) in der knappschaftlichen Rentenversicherung

die Ruhrknappschaft, Geschäftsstelle Berlin.

Artikel 3

Im Land Berlin zurückgelegte Versicherungszeiten der Rentenversicherungen im Sinne der Nummer 1 Unterabschnitt B Buchstaben b und c des Allgemeinen Protokolls sind

bis zum 30. Juni 1945
Beitrags- und Ersatzzeiten, die in der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung) oder der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung) oder der knappschaftlichen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, sofern der Versicherte während dieser Zeit im Gebiet des heutigen Landes Berlin beschäftigt war oder bei freiwilliger Versicherung dort gewohnt hat;

nach dem 30. Juni 1945
Beitrags- und Ersatzzeiten, die bei den im Artikel 2 Buchstabe b dieser Vereinbarung genannten Versicherungsträgern während der dort bezeichneten Zeiträume zurückgelegt worden sind.

Artikel 4

Die in Artikel 34 des Allgemeinen Abkommens genannten Fristen beginnen mit Ablauf des Monats, in dem das Berliner Anwendungsgesetz verkündet wird.

Artikel 5

Diese Vereinbarung soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

Die Vereinbarung tritt nach Austausch der Ratifikationsurkunden mit Wirkung vom 1. Januar 1952 in Kraft. Sie gilt unter denselben Voraussetzungen und für dieselbe Dauer wie das Allgemeine Abkommen.

GESCHEHEN zu Paris am 18. Juni 1955 in doppelter Ausfertigung in deutscher und französischer Sprache, wobei der Wortlaut in beiden Sprachen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Maltzan
Dr. Jantz

Für die Regierung
der Französischen Republik
gezeichnet:
J. Serres
Jacques Doublet

— En ce qui concerne l'assurance-pension des employés

pour la période s'étendant du 1er avril 1952 au 31 janvier 1954
l'Institut d'assurances sociales de Berlin (Landesversicherungsanstalt Berlin);

pour la période postérieure au 31 janvier 1954,
l'Institut Fédéral d'assurances pour les employés (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte);

— En ce qui concerne l'assurance-pension des mineurs
la Corporation Minière de la Ruhr (Ruhrknappschaft), Bureau de Berlin.

Article 3

Sont considérées au sens du paragraphe 1er, alinéa B, b) et c) du Protocole général, comme périodes d'assurance accomplies à Berlin-Ouest:

— pour la période se terminant le 30 juin 1945,
les périodes d'assurance et les périodes assimilées accomplies sous le régime de l'assurance-pension des ouvriers (Invalidenversicherung), sous celui de l'assurance-pension des employés (Angestelltenversicherung) ou sous celui de l'assurance-pension des mineurs, sous la réserve que les assurés aient été occupés pendant ladite période à Berlin-Ouest ou qu'ils y aient résidé durant leur période d'affiliation à l'assurance volontaire;

— pour la période postérieure au 30 juin 1945,
les périodes d'assurance et les périodes assimilées accomplies auprès des organismes d'assurances sociales désignés à l'article 2, b), du présent accord au cours des périodes qui y sont indiquées.

Article 4

Les délais prévus par l'article 34 de la Convention générale commencent à courir lors de l'expiration du mois au cours duquel la loi d'application à Berlin-Ouest aura été publiée.

Article 5

Le présent Accord sera ratifié et l'échange des instruments de ratification aura lieu à Bonn aussitôt que possible. Il entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification, avec effet du 1er janvier 1952.

Il s'appliquera dans les mêmes conditions et pour la même durée que la Convention générale.

FAIT à Paris, le 18 juin 1955, en double exemplaire, en français et en allemand, chacun des textes faisant foi.

Pour le Gouvernement
de la République Française
signé:
J. Serres
Jacques Doublet

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Maltzan
Dr. Jantz

Denkschrift

zur Fünften Zusatzvereinbarung vom 18. Juni 1955 zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 über die Einbeziehung des Landes Berlin (Berlin-West) in das Allgemeine Abkommen

Das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit nebst vier Zusatzvereinbarungen und drei Protokollen vom 10. Juli 1950 (BGBl. II 1951 S. 177) bezieht sich nicht auf das Land Berlin. Das Vertragswerk ist mithin auf Versicherte, die ausschließlich im Land Berlin und in Frankreich versichert waren, nicht anwendbar, so daß z. B. im Land Berlin zurückgelegte Versicherungszeiten im Rahmen des Allgemeinen Abkommens nicht berücksichtigt werden, und Franzosen, die einen Arbeitsunfall im Land Berlin erlitten haben und in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, auf Grund des Vertrages keine Leistungen aus der deutschen Unfallversicherung erhalten.

Nachdem die Zustimmung der Alliierten Kommandantur Berlin und der französischen Regierung zur Einbeziehung des Landes Berlin in das deutsch-französische Vertragswerk über die Soziale Sicherheit vorlag, war zunächst beabsichtigt, die Ausdehnung des Geltungsbereiches des Abkommens durch Notenwechsel herbeizuführen. Da die Bestimmungen des Vertragswerkes auf das Land Berlin nur mit gewissen Abweichungen anwendbar sind, wurde die Form einer ratifizierungsbedürftigen Zusatzvereinbarung gewählt. Die Vereinbarung wurde anläßlich der deutsch-französischen Verhandlungen über die Durchführung des deutsch-französischen Vertragswerkes über die Soziale Sicherheit am 18. Juni 1955 in Paris unterzeichnet.

Artikel 1 der Vereinbarung sieht die Anwendung des deutsch-französischen Vertragswerkes über die Soziale Sicherheit auf das Land Berlin vor.

Artikel 2 trägt den Besonderheiten der Rechtsentwicklung auf dem Gebiet der Sozialversicherung im Land Berlin seit 1945 Rechnung.

Artikel 3 dient der Abgrenzung der Leistungsverpflichtungen der Sozialversicherungsträger im Land Berlin im Verhältnis zur früheren gesamtdeutschen Sozialversicherung.

Artikel 4 enthält Übergangsbestimmungen über die Wiederaufnahme bisher ruhender oder eingestellter Renten und die Anwendung der Vereinbarung auf bereits eingetretene Versicherungsfälle.

Artikel 5 läßt die Vereinbarung gleichzeitig mit dem Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit nebst vier Zusatzvereinbarungen und drei Protokollen in Kraft treten.

Briefwechsel

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Paris, den 18. Juni 1955

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, Ihnen folgendes vorzuschlagen:

1. Der deutsche Wortlaut des Artikels 17c § 2 Nr. 3 des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 in der Fassung des Artikels 11 der „Zweiten Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen" vom 18. Juni 1955 erhält folgende Fassung:

   „3. Für die nach der französischen Gesetzgebung zu gewährenden Zulagen für den Ehegatten, dem Unterhalt gewährt wird, gelten die Renten nach der deutschen Gesetzgebung als Renten nach der französischen Gesetzgebung."

2. Artikel 13 der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 in der Fassung des Artikels 13 § 4 der „Zweiten Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen" vom 18. Juni 1955 erhält folgende Fassung:

   „Artikel 13

   Die in Frankreich beschäftigten und in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger erhalten Familienbeihilfen auf Grund der in Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe d) des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Gesetzgebung nach einem zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden zu vereinbarenden Tarif.

   Die in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten und in Frankreich wohnhaften Grenzgänger erhalten Kindergeld nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe d) des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Gesetzgebung."

Ich wäre dankbar, wenn Sie hierzu Ihr Einverständnis erteilen würden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Jantz

An den Vorsitzenden der französischen Delegation

Herrn Jacques Doublet

Directeur général de la Sécurité Sociale
au Ministère du Travail et de la Sécurité Sociale

Paris

(Übersetzung)

Le Président de la Délégation française — Paris, le 18 juin 1955.

Der Vorsitzende der französischen Delegation — Paris, den 18. Juni 1955

Monsieur le Président,

Par lettre en date du 18 juin 1955, vous avez bien voulu me proposer ce qui suit:

1. — Le texte allemand de l'article 17c) paragraphe 2, 3°) de la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale dans la rédaction de l'article 11 de l'Avenant n° 2 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale et aux Accords complémentaires nos 1, 2 et 4 à cette Convention, signé le 18 juin 1955 sera rédigé comme suit:

   «3. — En matière de majoration pouvant être attribuée d'après la législation française, pour le conjoint à charge, les rentes de la législation allemande sont considérées comme les rentes de la législation française.»

2. — L'article 13 de l'Accord complémentaire n° 2 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale dans la rédaction de l'article 13, paragraphe 4, de l'Avenant n° 2 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale et aux Accords complémentaires nos 1, 2 et 4 à cette Convention, signé le 18 juin 1955 sera rédigé comme suit:

« Article 13

Conformément à la législation visée par l'article 2 paragraphe 1, 1°, d) de la Convention Générale, les frontaliers travaillant en France et domiciliés dans la République Fédérale d'Allemagne ont droit aux allocations familiales sur la base d'un barème établi d'un commun accord entre les autorités administratives compétentes.

Les frontaliers travaillant dans la République Fédérale d'Allemagne et domiciliés en France obtiennent les allocations pour enfants d'après la législation visée par l'article 2, paragraphe 1, 2°) d) de la Convention Générale. »

J'ai l'honneur de vous faire connaître que je suis d'accord avec ces propositions.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de ma considération très distinguée.

Le Conseiller d'État
Directeur Général de la Sécurité Sociale
Jacques Doublet

Au Président de la Délégation allemande
le Docteur Kurt Jantz
Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit

Herr Vorsitzender,

Mit Schreiben vom 18. Juni 1955 haben Sie mir folgendes vorgeschlagen:

1. Der deutsche Wortlaut des Artikels 17c § 2 Nr. 3 des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 in der Fassung des Artikels 11 der „Zweiten Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen" vom 18. Juni 1955 erhält folgende Fassung:

   „3. Für die nach der französischen Gesetzgebung zu gewährenden Zulagen für den Ehegatten, dem Unterhalt gewährt wird, gelten die Renten nach der deutschen Gesetzgebung als Renten nach der französischen Gesetzgebung."

2. Artikel 13 der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 in der Fassung des Artikels 13 § 4 der „Zweiten Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen" vom 18. Juni 1955 erhält folgende Fassung:

„Artikel 13

Die in Frankreich beschäftigten und in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger erhalten Familienbeihilfen auf Grund der in Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe d) des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Gesetzgebung nach einem zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden zu vereinbarenden Tarif.

Die in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten und in Frankreich wohnhaften Grenzgänger erhalten Kindergeld nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe d) des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Gesetzgebung."

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich mit Ihren Vorschlägen einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Le Conseiller d'État
Directeur Général de la Sécurité Sociale
Jacques Doublet

An den Vorsitzenden der deutschen Delegation
Herrn Dr. Kurt Jantz
Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Paris, den 18. Juni 1955

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

1. In Artikel 1 § 1 Nr. 1 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sind im deutschen Wortlaut die Worte „soweit sie" durch das Wort „die" zu ersetzen.

2. In Artikel 3 § 1 Absatz 3 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 ist im deutschen Wortlaut das Wort „Solange" durch das Wort „Wenn" zu ersetzen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie hierzu Ihr Einverständnis erteilen würden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Jantz

An den Vorsitzenden der französischen Delegation
Herrn Jacques Doublet

Directeur général de la Sécurité Sociale
au Ministère du Travail et de la Sécurité Sociale

Paris

(Übersetzung)

Le Président de la Délégation française — Paris, le 18 juin 1955

Monsieur le Président,

j'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 18 juin 1955, par laquelle vous avez bien voulu me faire connaître ce qui suit:

«1er Dans l'article 1er, § 1, N° 1 de l'Accord complémentaire N° 4 à la Convention Générale sur la Sécurité Sociale du 10 juillet 1950, conclue entre la France et la République Fédérale d'Allemagne, les mots ‹ soweit sie ›, figurant dans le texte allemand, sont à remplacer par le mot ‹ die ›.

2. — Dans l'article 3, § 1er, alinéa 3, de l'Accord complémentaire N° 4 à la Convention générale sur la Sécurité Sociale du 10 juillet 1950, le mot ‹ Solange ›, figurant dans le texte allemand est à remplacer par le mot ‹ Wenn ›.»

Vous m'avez demandé de bien vouloir vous donner mon accord sur ces points.

J'ai l'honneur de vous faire part de mon accord avec votre proposition.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de ma parfaite considération.

Jacques Doublet

À M. Le Président de la Délégation allemande

Dr. Kurt Jantz

Directeur au Ministère Fédéral du Travail

Der Vorsitzende der französischen Delegation — Paris, den 18. Juni 1955

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, den Empfang des Briefes vom 18. Juni 1955 zu bestätigen, mit dem Sie mir folgendes mitgeteilt haben:

„1. In Artikel 1 § 1 Nr. 1 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sind im deutschen Wortlaut die Worte „soweit sie" durch das Wort „die" zu ersetzen.

2. In Artikel 3 § 1 Absatz 3 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 ist im deutschen Wortlaut das Wort „Solange" durch das Wort „Wenn" zu ersetzen."

Sie haben mich gebeten, hierzu mein Einverständnis zu erteilen.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich mit Ihren Vorschlägen einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Jacques Doublet

An den Vorsitzenden der deutschen Delegation

Herrn Dr. Kurt Jantz

Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit